

5. Sitzung des Arbeitskreises Soziale Stadt - Dokumentation

Ort: Remise am Schloss, Rheinsberg

Datum: 20. November 2017, 10:30 – 15:00 Uhr

Integration von Geflüchteten – Ansätze in der Sozialen Stadt



Insgesamt 28 QuartiersmanagerInnen, Gebietsbeauftragte und kommunale VertreterInnen aus 18 Brandenburger Soziale-Stadt-Kommunen sind der Einladung zum 5. AK Treffen nach Rheinsberg gefolgt.

Der Rheinsberger Bürgermeister Jan-Pieter Rau begrüßte die Teilnehmenden in der Remise am Schloss, die nach Sanierung 2012 als Begegnungsstätte wiedereröffnet wurde. Im Grußwort bedankte er sich für das zahlreiche Erscheinen und das Interesse am Umgang der Stadt Rheinsberg mit der Integration von Geflüchteten. Er wies darauf hin, dass die Stadt Rheinsberg zwischenzeitlich 50% der zugeteilten Geflüchteten des Landkreises aufgenommen hat. Für ihr ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe ist die Rheinsberger Initiative mit dem Integrationspreis 2017 „Zusammenleben mit neuen Nachbarn“ geehrt worden. Der erstmals bundesweit ausgeschriebene Wettbewerb würdigt hervorragende Projekte, die dazu beitragen, lebendige Nachbarschaften in Wohnquartieren zu erhalten, Ausgrenzung zu vermeiden und Integration zu unterstützen. Anschließend stellte Herr Lilienthal, Referent für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, die Gebietskulisse der Sozialen Stadt „Rheinsberg Ost“ sowie die bisherigen Maßnahmen und geplanten Vorhaben vor. Im Anschluss fand eine gemeinsame Ortsbegehung unter Leitung von Bürgermeister Rau, Herrn Lilienthal sowie dem Geschäftsführer des städtischen Wohnungsunternehmens REWOG, Herr Greiner-Petter, statt. Zentrale Themen des Rundgangs waren, jeweils auch unter dem Aspekt des Zusammenlebens mit den neuen BewohnerInnen: Ideenwettbewerb mit SchülerInnen und anschließende Fassadenneugestaltung im Quartier, das Projekt „Essbare Schule“, Neuorganisation der Müllentsorgung für die MieterInnen, sowie der geplante Campusverbund und die Entwicklung des Kiezzentrums.



Nach Rückkehr in die Remise am Schloss stellte Herr Greiner-Petter das Rheinsberger Modell vor. Die Stadtverwaltung Rheinsberg und die Wohnungsgesellschaft REWOGÉ setzten von Anfang an auf eine dezentrale Unterbringung, damit der unmittelbare Kontakt zu den Einheimischen das Ankommen erleichtert. Es wurde kein Verein, sondern ein informelles Netzwerk von Ehrenamtlichen, Wohnungsgesellschaft, Schulen, sozialen Trägern und Stadtverwaltung gegründet: Die ‚Rheinsberger Initiative‘ übernahm die Koordination von Hilfsangeboten. Über eine transparente Öffentlichkeitsarbeit wird die Rheinsberger Bevölkerung stetig informiert. Eine „Lebensfibel“ wurde gemeinsam erarbeitet und informiert über Regeln im nachbarschaftlichen Zusammenleben. Die neuen Bürger besuchen Sprachkurse, Schulen, arbeiten in örtlichen Betrieben oder absolvieren erste Praktika. Die Umsetzung der Maßnahmen in der Sozialen Stadt wurde unverändert weitergeführt. Integrationsprojekte und Aktionen richten sich immer sowohl an Geflüchtete als auch die bisherigen Anwohner.

Die anschließende Diskussion diente dem weiteren Erfahrungsaustausch (u.a. zu Fluktuation (Zuzug/Wegzug von Geflüchteten), Perspektiven der Geflüchteten vor Ort, der Organisation von Begegnungen, dem Problem des „Verwohnens“, dem Umgang von BBU-Unternehmen mit der Wohnungsnachfrage, der schwankenden Belegung von Kita- und Schulplätzen und der Rolle der Schule als Ort der Integration) und verdeutlichte den weiteren Bedarf zur Vertiefung des Themas, insbesondere in Bezug auf die Integration von dauerhaft bleibenden Geflüchteten und die Erstellung von Integrationskonzepten.

Weitere Themen für die nächsten Sitzungen des AK Soziale Stadt: Umgang mit demographischem Wandel/Alterung, Einsatz von ESF-Mitteln (ggf. Abfrage per Fragebogen).

Neues aus dem Städteforum

- Die drei Städte-AGs des Landes bereiten gemeinsam den *3. Brandenburger Stadtentwicklungstag* vor und laden zum Thema „Brandenburg und Brandenburger Städte weiter denken“, am *22. März 2018* nach Potsdam ein.
- *Nächstes Treffen des Arbeitskreises Soziale Stadt*: Die Geschäftsstelle schlug als Thema Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung vor. Die Sitzung soll zusammen mit dem AK Innenstadt in Potsdam durchgeführt werden. Vor allem am Thema „Digitale Bürgerbeteiligung“ wurde großes Interesse geäußert. Als nächster Sitzungstermin wurde der *19. März 2018* vorgeschlagen. Der Termin ist vorläufig, die Abstimmung mit der Stadt Potsdam ist noch nicht erfolgt.